

## Nationale Bourgeoisie

### Trumps »America first« – der neue US-Präsident sieht in einer nationalistischen Wirtschaftspolitik die Lösung für die ökonomischen Probleme der Vereinigten Staaten

Von Guenther Sandleben



Eine Regierung des Kapitals: Zahlreiche Mitglieder von Trumps Kabinett sind Millionäre oder Milliardäre – der Präsident und seine Regierung bei der Verabschiedung eines Dekrets mit Maßnahmen zur »Verschlankung« des Staates (Aufnahme vom 13.3.2017)

Foto: REUTERS/Jonathan Ernst

Guenther Sandleben schrieb an dieser Stelle zuletzt am 11.10.2016 über Ungleichverteilung von Reichtum.

Die Wende hin zu einer stärker nationalistischen Politik ist spätestens seit dem Amtsantritt von Donald Trump offenkundig geworden. Längst vorher hatte sie sich angedeutet: Der zunehmende Protektionismus seit der großen Krise von 2008/09, der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, die wachsenden internationalen Spannungen, die schweren Zerwürfnisse innerhalb der EU und schließlich der Brexit-Entscheid mit der angestrebten Rückverlagerung von Souveränitätsrechten hin zum Nationalstaat sind Tendenzen einer der »Globalisierung« entgegengesetzten Entwicklung. Die eigene Nation mit ihren besonderen Werten und nicht mehr die Globalisierung mit der Vorstellung einer einheitlichen Wertegemeinschaft sollen gefördert werden. »We make America great again«, lautet das Gegenkonzept. Das Pendel ist in Richtung Renationalisierung zurückgeschlagen.

Welche Kräfte stecken hinter diesem leidenschaftlich und rücksichtslos vorgetragenen Nationalismus, und welche theoretischen Konsequenzen ergeben sich aus dieser Veränderung? Wenn man die Vorstellung verwirft, die verstärkt nationalistisch ausgelegte Politik sei eine bloße Folge besonderer Charaktereigenschaften politischer Persönlichkeiten,

dann müssen die hinter deren Vorstellungen und Handlungen steckenden gesellschaftlichen Impulse analysiert werden. Einen Hinweis auf solche Triebkräfte liefert die soziale Herkunft des neuen US-Präsidenten. Donald Trump kommt nicht aus dem Mittelstand. Auch ist er weit von der sozialdemokratischen Vorstellung entfernt, aus traditionellen Gründen dem abgehängten Prekariat oder dem abstiegsgefährdeten Mittelstand nach dem Munde zu reden. Es ist unwahrscheinlich, dass solche gesellschaftlichen Gruppen ihn zum Nationalismus drängen.

Trump ist Geschäftsmann, Großunternehmer, ein Milliardär. In diesem Milieu bewegt er sich, hier macht er seine Geschäfte. Sein Denken und Handeln ist vom Geschäftsleben geprägt. Dieser Stellung und diesem Geist entsprechend richtete er das »wohlhabendste Kabinett Amerikas« ein.1) Das Kapital regiert – und zwar das große Kapital; es regiert offen und hat in Trump seine angemessene Personifikation gefunden.

Wenn der US-Präsident in seiner Amtseinführungsrede am 20. Januar 2017 verkündet, »Vom heutigen Tag an wird es nur noch ›Amerika zuerst‹ heißen, ›Amerika zuerst‹«, dann spiegeln sich darin Denkweisen der US-Bourgeoisie, die sich offensichtlich genötigt sieht, das Nationalinteresse stärker hervorzuheben.

Es wäre vermessen, in der von Trump verkündeten nationalistischen Wende ein spontanes, bloß rhetorisches populistisches Manöver zu sehen. Wie der US-Politologe Thomas Wright schon vor dem Wahlsieg berichtete, ist Trumps nationalistische Weltsicht seit Jahrzehnten im Wesentlichen gleich geblieben.2) Sie entspringt seinem Milieu, und man ist geneigt, darin zugleich die Weltsicht großer Teile der US-Bourgeoisie zu erkennen. Mit dem politischen Aufstieg Trumps zum US-Präsidenten hat sich dieser ungeschminkte Nationalismus durchgesetzt.

Es ist dabei nichts Besonderes, dass sich die nationalistische Politik volksnah präsentiert und vorgibt, zugunsten des US-Arbeiters und der bedrohten Mittelschicht zu agieren. Jede Partei »verkauft« ihre Politik in dieser Weise, da die bürgerliche Demokratie zumindest am Wahltag auf Zustimmung angewiesen ist. Aber selbst ein Diktator, der keine Wahlen zu fürchten hat, muss sein Vorgehen so inszenieren, dass es den Interessen der breiten Masse zu entsprechen scheint. Allein auf repressive Gewalt zu setzen wäre zu kostspielig, zu riskant und längerfristig kaum erfolgreich. Das wesentliche Element der Politik besteht eben darin, besondere Interessen, in diesem Fall die der Bourgeoisie, als ein allgemeines, als das Interesse aller auszuweisen.

## **Unternehmer als Präsident**

Als Unternehmer war Trump in mehreren Branchen, darunter im Bausektor, tätig. Dort machte er seine Erfahrungen. Diese dienen nun als Vorbild bei der Gestaltung der US-Ökonomie. Seine Privatökonomie und die Nationalökonomie betrachtet er ganz vom kommerziellen Standpunkt, vom Standpunkt kapitalistischer Zweckmäßigkeit. Die Nationalökonomie der USA behandelt er praktisch wie ein großes Kapital, das ebenso erfolgreich in der Konkurrenz operieren soll wie seine eigenen Unternehmen. Nicht alles mag da vernünftig sein, was ihm vorschwebt. Sein Ineinsetzen von Mikro- und Makroökonomie öffnet jedoch den Blick für solche Merkmale der Nationalökonomie, die in globalisierungstheoretischen Erörterungen oft ausgeblendet werden.

Zunächst einmal lässt Trump keinen Zweifel daran aufkommen, dass das US-Kapital geschützt und gefördert werden soll gegenüber der auswärtigen Konkurrenz. Er behandelt es also als eine Einheit, als ein großes Kapital, im Unterschied zu den Kapitalen, die ihren Standort im Ausland haben. Nicht die westliche Welt mit ihren vielen Einzelkapitalen soll gefördert werden, sondern einzig und allein die amerikanische Nationalökonomie als die Summe der Kapitale, die in den USA ihr Geschäft betreiben. Wie Trump uns verrät, gehören dazu auch BMW, Toyota usw., solange solche ausländischen Konzerne ihren Standort in den

USA errichten und nicht etwa von Mexiko aus den amerikanischen Markt bedienen. Das große Kapital, die US-Ökonomie, sagt uns Trump, soll wieder mehr exportieren als importieren; es soll zu einem höheren Wert Waren ans Ausland verkaufen, als es von dort bezieht. Für seine Privatunternehmen spielte dieser Punkt vor seiner Präsidentschaft in abgewandelter Form ebenfalls eine zentrale Rolle: Der Wert der verkauften Waren musste höher liegen als der Wert der gekauften Waren. So entstand sein Profit. Die Mehrung seines Reichtums lag in dieser Differenz begründet. Nun meint Trump, den Reichtum der großen Ökonomie befördern zu können, indem er Exporte begünstigt und Importe beschränkt. Das ist der Kern seiner Politik.

Trump spricht von »Ausbeutung der Vereinigten Staaten« und meint damit, andere Länder, darunter Deutschland, hätten einen Handelsbilanzüberschuss auf deren Kosten erzielt. Handelsbilanzdefizite würden die US-Wirtschaft zwangsläufig nach unten ziehen. Trump interpretiert die globale Konkurrenz als einen Krieg zwischen Nationen, in dem des einen Gewinn des anderen Verlust ist. Eine solche Vorstellung ist das Gegenteil des Freihandelsgedankens, der lange Zeit zumindest theoretisch – wenngleich nicht immer praktisch – hochgehalten worden ist.

### **Aktive Standortpolitik**

Indem Trump die USA als Ausbeutungsoffer ihrer Handelspartner darstellt, plädiert er für eine wirtschaftspolitische Wende ausschließlich zugunsten seines Landes. »Seit vielen Jahrzehnten haben wir die Industrien anderer Länder reich gemacht zu Lasten unserer Industrien«, erklärte Trump in seiner Vereidigungsrede. Eine Fabrik nach der anderen sei geschlossen worden und habe die USA verlassen. Der Wohlstand der Mittelklasse sei aufgezehrt worden, um ihn über die ganze Welt zu verteilen. »Wir müssen unsere Grenzen schützen vor der Verwüstung durch andere Länder, die unsere Produkte nachmachen, unsere Unternehmen stehlen und unsere Arbeitsplätze zerstören.« Der Schutz werde zu großem Wohlstand und großer Stärke führen. »Buy American, Hire American« (»Kauf amerikanisch, stell Amerikaner ein«), so seine Devise.<sup>3</sup>) In seiner ersten Rede vor dem US-Kongress konkretisierte Trump, dass die Vereinigten Staaten seit dem Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation im Jahr 2001 etwa 60.000 Fabriken verloren hätten. Seit der Geltung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA ab 1994 sei jeder vierte Industriearbeitsplatz weggefallen.<sup>4</sup>)

Ein solcher Wirtschaftsnationalismus ergibt natürlich nur Sinn, wenn das Wohl der US-Ökonomie abgetrennt und in einen Gegensatz gebracht wird zu den auswärtigen Ökonomien. Wenn Trump uns sagt, dass die US-Industrie durch Schließung von Fabriken und durch Verlagerung der Produktion ins Ausland deutlich geschwächt worden sei, kann er sich wiederum auf seine praktischen Erfahrungen stützen: Es genüge nicht, dass er seine Betriebe gut ausstatten und organisieren ließ. Um konkurrenzfähig zu bleiben, benötigte er ein funktionierendes Netzwerk von Zulieferern und Abnehmern, verbunden durch effiziente Verkehrs- und Kommunikationswege. Die Produktivität seiner Betriebe war zugleich eine Funktion von Clusterbildungen. Diese Erfahrung lehrt ihn, eine aktive Industriepolitik zu betreiben.

Auch andere Regierungen tun Ähnliches, indem sie mit allen Mitteln versuchen, die notwendigen Wertschöpfungsketten zu ergänzen und zu fördern. Als die Krise von 2008/09 die Wertschöpfungsketten in der Autoindustrie zu zerreißen drohte, setzte z. B. die deutsche Regierung große Mittel ein, um diesen tief ineinander verschachtelten und kunstvoll aufgebauten Industriesektor zu schützen. Kein notwendiger Mosaikstein in diesem Industriesystem durfte verlorengehen. Beispielsweise wurde die Firma Opel, Tochter von General Motors, wegen der produktionstechnischen Verzahnungen gerettet, und selbst unmittelbare Konkurrenten stimmten der Rettung zu. »Wenn ein Autohersteller ausfällt«,

meinte der damalige Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Martin Winterkorn, »haben Bosch, Mahle, Conti und andere Lieferanten ein Problem. Ihre Fabriken sind nicht ausgelastet, dann wird es auch für VW schwieriger, gute Einkaufspreise auszuhandeln. Lustig ist das für keinen.«<sup>5)</sup> Durch eine aktive Standortpolitik sollten negative Auswirkungen auf das Netzwerk der Hersteller und Zulieferer in Deutschland – in der Fachsprache »Cluster« genannt – vermieden werden.

Trump wirft seinen Vorgängern vor, nicht verhindert zu haben, dass die US-Wirtschaft durch die Abwanderung von Industrien, durch die Verschiebung von Wertschöpfungsketten ins Ausland und durch eine unzulängliche Infrastruktur geschwächt worden ist. Sein Ziel ist die Herstellung eines produktiv arbeitenden, wettbewerbsfähigen US-Industriestandorts. Fabriken, ja ganze Wirtschaftszweige, die geschlossen worden waren, sollen wieder entstehen. Trumps Chefberater Peter Navarro spricht ausdrücklich davon, grenzüberschreitende Lieferketten, vor allem in der Autoindustrie, in die USA zurückzuholen, sie zu »repatriieren«.<sup>6)</sup> Man folgt einer längst bekannten Politik zur Entwicklung und Stärkung der Nationalökonomie, die da lautet: »Die produktive Kraft jeder einzelnen Fabrik ist umso größer, je mehr die ganze Fabrikationskraft des Landes nach allen ihren Verzweigungen ausgebildet und je inniger sie mit allen übrigen Geschäftszweigen vereint ist.«<sup>7)</sup>

### **Getriebener statt Antreiber**

Geht man in die jüngere Geschichte zurück, wird man finden, dass der von Trump verkündete Wirtschaftsnationalismus aus Elementen besteht, die schon für die Politik seiner Vorgänger eine Rolle gespielt haben – wenngleich weniger nachhaltig und weniger aggressiv in der Rhetorik. Einige Aspekte seines »Buy American, Hire American«-Dekrets waren schon im »American Recovery and Reinvestment Act« von 2009 zum Gesetz gemacht worden, als es darum ging, in öffentlichen Infrastrukturprojekten möglichst viel Eisen, Stahl und andere Baumaterialien von US-Herstellern zu verwenden. Die alten Industrien sollten durch solche Maßnahmen gestärkt werden. Auch der von Trump vorgebrachte Vorwurf, China und Deutschland würden durch Währungsmanipulationen die USA schädigen, ist nicht neu. US-Finanzminister Timothy Geithner forderte bereits im Oktober 2010 im Vorfeld des G-20-Treffens im kanadischen Toronto in einem offenen Brief an seine »lieben Kollegen«, dass Länder mit großen Außenhandelsbilanzüberschüssen wie China, Japan und Deutschland ihre Exporte drosseln und die Binnennachfrage stärken sollten. Die Handelsbilanzsalden sollten vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.

In den stark negativen Handelsbilanzsalden der USA finden wir die Antwort auf die Frage, warum Trump nun mit besonderer Vehemenz auf einen wirtschaftsnationalistischen Kurs setzt – viel aggressiver als das seine Vorgänger taten. Er muss das tun, weil die US-Wirtschaft schon seit Anfang der 1980er Jahre ein hohes Außenhandelsbilanzdefizit aufweist, das inzwischen zu einer ernststen Gefahr für die USA geworden ist. Bislang wurden die chronischen Defizite der Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten durch Überschüsse in der Kapitalbilanz einigermaßen ausgeglichen, so dass die USA bis heute noch über genügend Devisenreserven verfügen. Jedoch kann sich das schnell ändern, und die Wucht, mit der das geschehen könnte, wächst mit der steigenden Höhe der Auslandsverschuldung, die sich in großen Devisenreserven Chinas, Japans und anderer Länder niedergeschlagen hat.

Die Akteure der US-Politik sehen sich mit zwei Krisenszenarien konfrontiert. Erstens die Erpressbarkeit: Allein China hält Dollar-Reserven, vor allem in jederzeit handelbaren US-Wertpapieren, die höher sind als die US-Devisenreserven. Die Regierung in Beijing besitzt die ökonomische Möglichkeit, durch massenhaften Verkauf der Wertpapiere und den anschließenden Umtausch der US-Dollar in andere Währungen die USA in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben. Denn die USA könnten in einem solchen Fall die

erforderlichen Devisen nicht mehr aufbringen, die verlangt würden. China nutzte eine solche Möglichkeit bislang nicht, weil dabei auch die eigenen Verluste beträchtlich wären. Aber was wäre im Krisenfall, wenn die politischen Spannungen dramatisch zunehmen?



Geht es nach Donald Trump, sollen die verlassenen Industriegebiete der USA durch eine aktive Standortpolitik bald wieder prosperieren – ehemalige Autofabrik in Detroit im sogenannten Rust Belt (»Rostgürtel«), der einstigen Kernregion der US-Industrie (Aufnahme vom 2.4.2011)

Foto: REUTERS/Eric Thayer

Das zweite Krisenszenario ist nicht weniger gefährlich für die USA und könnte schon in der nächsten Überproduktionskrise Realität werden: Kommt es zu einer solchen Krise, könnten ausländische Anleger geneigt sein, massenhaft US-Wertpapiere zu verkaufen, weil sie mit Kursverlusten sowohl beim Verkauf der Wertpapiere als auch mit Verlusten beim Umtausch der US-Dollar in die eigene Währung rechnen müssten. Die US-Notenbank Fed würde im Notfall mit Wertpapierkäufen gegensteuern. Sie kann jedoch nur eigenes Geld, nicht aber Devisen drucken. Hier genau liegt der Engpass. Da die Anleger ihre eigene Währung wollen, würden sie massenhaft US-Dollar anbieten. Der Kurs des US-Dollars würde dramatisch fallen. Mit dem Umtausch wäre die Fed überfordert; denn ihre Devisenreserven würden dazu nicht ausreichen. Wenn sie nicht mehr umtauschen könnte, wäre der freie Kapitalverkehr beendet.

Steht Trump das Wasser bis zum Hals? Die Vorgängerregierungen haben die Senkung der chronischen Handelsbilanzdefizite weniger aggressiv eingefordert. Das spricht dafür, dass die Situation nach Jahren hoher Leistungsbilanzdefizite inzwischen als dramatisch empfunden wird. Der ökonomische Ausweg wird in einem aggressiven Wirtschaftsnationalismus gesucht, wie Trump ihn vorschlägt: Förderung der eigenen Exportkraft durch Stärkung der US-Industrie und Behinderung der Importe u. a. durch Zölle und Neuverhandlung von Handelsverträgen.

### **Konsequenzen für linke Politik**

In der linken Kapitalismuskritik wird die Bedeutung nationalökonomischer Räume für die Verwertung des Kapitals und die daraus hervorgehende Notwendigkeit, durch Industriepolitik die Effizienz eines nationalen Standorts zu stärken und die Zahlungsfähigkeit des Landes zu sichern, kaum thematisiert. Die Nationalökonomie als Gebilde eigener Art, als

eine aus dem Kapital selbst hervorgetriebene notwendige Ebene zwischen den Einzelkapitalen und dem Weltmarkt ist meist ein Rätsel geblieben. Wenn man gelegentlich über den Wirtschaftsnationalismus stolpert, der schon in früherer Zeit eine Rolle spielte, tut man diesen als eine bloße Störung des allgemein gültigen Globalisierungstrends ab und meint, Nationalisten mit ihren rückwärtsgewandten Ideen steckten dahinter. Das aber verkürzt den Zusammenhang. In der Konsequenz bleibt der Kampf gegen Nationalismus, Rechtspopulismus und neofaschistische Gefahr oberflächlich, da er nicht gegen das kapitalistische System selbst geführt wird, aus dessen Schoß solche Tendenzen hervorgehen. Man bekämpft die Wirkungen, nicht die Ursachen. Das Kapitalverhältnis bleibt außen vor.

Zudem wird vielfach unter dem Motto »Demokratie stärken« eine Rückverlagerung von Souveränitätsrechten hin zum Nationalstaat gefordert. Innerhalb der Europäischen Union sind solche Überlegungen auch in der Linken weit verbreitet. Sie stützen sich auf die Vorstellung, die Globalisierung habe die nationalen Bezüge der Bourgeoisie beseitigt und diese in eine globale Klasse verwandelt, die tendenziell im Gegensatz zur eigenen Nation stehe. »Die Kapitalisten«, meinte kürzlich der links orientierte Philosoph Alain Badiou, hätten in der globalisierten Welt schon lange aufgehört, z. B. Franzosen zu sein. »Sie sind in Schanghai zu Hause, in San Francisco, in Marokko, im Kongo, in São Paulo.« Der Raum, der sich z. B. »als Frankreich und die gespenstischen Franzosen« definiere, existiere nur noch in der Vorstellungswelt »der kleinen Franzosen«.<sup>8)</sup> Von diesem Standpunkt aus kann der Kampf gegen Rechtspopulismus, Nationalismus und Faschismus kein antikapitalistischer Kampf mehr sein, der in der Aufhebung kapitalistischer Verhältnisse die Lösung sieht.

Demgegenüber definiert Trumps »America first« die Kapitalisten nicht als globale, sondern als eine nationale Klasse mit entsprechenden nationalen Wirtschaftsinteressen: Die Regierung muss das Interesse des US-Kapitals fördern und stärken gegenüber der auswärtigen Konkurrenz. Zur Durchsetzung dieser US-Interessen führt sie den Kampf als einen nationalen Kampf, ausgestattet mit entsprechender Ideologie. »America First« steht für diesen Kampf. Nationalistische Ideologien, darunter rechtspopulistische und möglicherweise auch faschistische Vorstellungen, gehören dazu. Das Kraftzentrum dafür ist das Kapital selbst. Schon deshalb sollte die Wahl von Trump nicht, wie das teilweise geschehen ist, als »sozialer Aufstand« der kleinen Leute und der Abgehängten gegen das »Establishment« gefeiert werden.

Trump betreibt eine nationalistische Politik für seine Bourgeoisie, von der schon Marx im Kommunistischen Manifest sagte, dass sie sich in einem »fortwährenden Kampfe« befindet und »stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder« kämpfen muss.<sup>9)</sup> Max Horkheimers Satz: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, der sollte vom Faschismus schweigen«, gilt weiterhin und wäre nur zu erweitern auf all die nationalistischen und rechtspopulistischen Formen, die dem Faschismus vorgelagert sind und deren materielle Quelle der Kapitalismus ist.

### **Anmerkungen:**

- 1) »Das wohlhabendste Kabinett Amerikas«, *FAZ*, 21.1.2017
- 2) Jörg Lau: »America first«, *Die Zeit*, 26.1.2017
- 3) »Trump beschwört den Protektionismus«, *FAZ*, 21.1.2017
- 4) »Trump setzt auf Nationalstolz und Protektionismus«, *FAZ*, 2.3.2017
- 5) *Der Spiegel* 10/2009
- 6) »Wer stoppt den Präsidenten?«, *Die Zeit*, 2.2.2017
- 7) Friedrich List: Das nationale System der politischen Ökonomie, Berlin 1982, S. 168 f
- 8) Alain Badiou: Wider den globalen Kapitalismus, Berlin 2016, S. 59
- 9) Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1980, S. 471